



Zahl: 06/2018

Datum: 19.12.2018
Bearb.: Helmut Wegeler, GSekr.
E-Mail: helmut.wegeler@bludesch.at
DW: 15

VERORDNUNG

über die Übertragung diensthoheitlicher Befugnisse gemäß § 96a Gemeindeangestelltengesetz 2005

Gemäß § 96a Gemeindeangestelltengesetz 2005, LGBL.Nr. 19/2005, in der Fassung LGBL.Nr. 43/2006 und LGBL.Nr. 51/2015, wird auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 18.12.2018 nachstehendes verordnet:

§ 1

Dem Verbandsobmann des Gemeindeverbandes „Finanzdienstleistungszentrum Blumenegg“ werden, für die dem Gemeindeverband gemäß § 29 Gemeindeangestelltengesetz 2005 zur Dienstleistung zugewiesenen Gemeindeangestellten, nachstehende Befugnisse im Sinne des § 96a Abs. 2 Gemeindeangestelltengesetz 2005 übertragen:

- a) Dienstliche Aus- und Weiterbildung (§ 9 Gemeindeangestelltengesetz 2005)
- b) Festsetzung der Arbeitszeit (§ 20 Gemeindeangestelltengesetz 2005), ausgenommen die Erlassung von Verordnungen
- c) Dienstreiseaufträge und Ersatz der Reisegebühren (§ 28 Abs. 2 und § 67 Gemeindeangestelltengesetz 2005)
- d) Festlegung des Erholungsurlaubes, Gewährung eines Pflegeurlaubes oder Gewährung eines Sonderurlaubes bis zu 64 Stunden im Jahr (§§ 35, 35a und 36 Gemeindeangestelltengesetz 2005)
- e) Pfllegeteilzeit (§ 38b Gemeindeangestelltengesetz 2005)
- f) Teilzeitbeschäftigung anstelle der Karenz (§ 45 Gemeindeangestelltengesetz 2005)
- g) Bildungskarenz und Bildungsteilzeit (§ 49 Gemeindeangestelltengesetz 2005)
- h) Leistungsbeurteilung (§ 63 Gemeindeangestelltengesetz 2005)

§ 2

Der Verbandsversammlung des Gemeindeverbandes „Finanzdienstleistungszentrum Blumenegg“ werden, für die dem Gemeindeverband gemäß § 29 Gemeindeangestelltengesetz 2005 zur Dienstleistung zugewiesenen Gemeindeangestellten, nachstehende Befugnisse im Sinne des § 96a Abs. 2 Gemeindeangestelltengesetz 2005 übertragen:

- a) Änderung des Beschäftigungsausmaßes (§ 50 Gemeindeangestelltengesetz 2005)
- b) Festsetzung der Nebenbezüge; eine einmalige Belohnung für außergewöhnliche Arbeitsleistungen darf 30% des Gehaltes eines Gemeindeangestellten der Gehaltsklasse 14, Gehaltsstufe 1, nicht übersteigen
- c) Gewährung einer Ergänzungszulage (§ 71 Abs. 7 Gemeindeangestelltengesetz 2005)



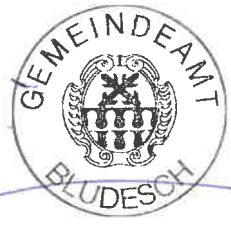
§ 3

Unbeschadet der Übertragung der diensthoheitlichen Befugnisse nach den §§ 1 und 2 unterliegen der Verbandsobmann und die Verbandsversammlung dem Aufsichts- und Weisungsrecht der Gemeinde Bludesch.

§ 4

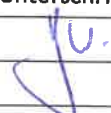
Die Verordnung tritt mit 01.01.2019, frühestens jedoch mit der Erlangung der Rechtspersönlichkeit des Gemeindeverbandes „Finanzdienstleistungszentrum Blumenegg“ in Kraft.

Der Bürgermeister



(Michael Tinkhauser)

Kundmachungsvermerk:

Diese Kundmachung wurde/wird		Unterschrift
an die Amtstafel angeschlagen am:	20.12.2018	
von der Amtstafel abgenommen am:	03.01.2019	

Ergeht nachrichtlich an:

1. Bezirkshauptmannschaft Bludenz
6700 Bludenz
per E-Mail: bhbl@vorarlberg.at
2. Nikolaus Schmid, Leiter Gemeindeverband FLZ Blumenegg
Per E-Mail: nikolaus.schmid@flzblumenegg.at

Zur Kenntnis.